

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Anm. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengelände 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 286

Halver, Mittwoch, 5. Dezember 1951

1951

Politischer Ausschuß beschließt

UNO will beide Deutschland hören

Erörterung freier Wahlen für Gesamtdeutschland — Heftiger Protest der Ostblockstaaten

dt. Paris, 4. Dezember

Gegen den heftigen Widerspruch Maliks und der Delegierten Polens, der Ukraine, der Tschechoslowakei und Weißrusslands nahm der Zweite Politische Ausschuß der UNO einen Vorschlag der Vollversammlung und einen Zusatzantrag Pakistans mit 50 gegen 6 Stimmen bei Stimmenthaltung Burmas an. Der vom pakistanischen Delegierten eingebrachte Antrag sieht vor, Vertreter der Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik und beider Teile von Berlin vorzuladen und über die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen zu hören.

Die westlichen Vorschläge, die Vollversammlung solle beschließen, eine Untersuchungskommission aus 5 Ländern, die nicht zu den Besatzungsmächten in Deutschland gehören, zur Prüfung der Voraussetzungen für die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland zu entsenden, wurde vom britischen Staatssekretär Lloyd begründet. Er bezeichnete die Entsendung einer solchen Kommission nach Deutschland als das beste Mittel, um sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion über die Möglichkeiten zu unterrichten, freie Wahlen in ganz Deutschland abzuhalten. Wenn die Sowjetunion auf den Antrag eingehe, so tue sie damit einen bedeutsamen Schritt zur Entspannung der Weltlage. Die Namen der fünf Länder, die an der Kommission teilnehmen sollten, wolle er erst später bekanntgeben.

Der sowjetische Delegierte Malik begründete in der Nachmittagsitzung seine Ablehnung damit, daß der Vorschlag eine Verletzung der Abkommens von Jalta und Potsdam bedeute, da in diesen Abkommen ausdrücklich die vier Großmächte beauftragt seien, Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands zu treffen. Wenn man Deutschland durch eine internationale Kommission eine Art Vormundschaft aufzwingen, und es lehren wolle, wie man Wahlen veranstalte, so bedeute das, Deutschland als rückständiges Land zu behandeln. Malik schlug schließlich eine gemeinsame Konferenz der Deutschen aus Ost und West vor, auf der ein Wahlgesetz ausgearbeitet werden sollte.

Die allgemeine Aussprache wurde mit einer Rede des USA-Delegierten Cooper fortgesetzt, der erklärte, das einzige Ziel des Westvorschlages sei, die UNO mit einer Untersuchung zu beauftragen, deren Ergebnis vielleicht erlauben würde, die Bemühungen der vier Besatzungsmächte um die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen in nützlicher Weise fortzusetzen. Er schilderte den Gegensatz, der zwischen den demokratischen Methoden der Bundesrepublik und denen in der Ostzone bestehe.

Der israelische Vertreter Fischer lehnte eine deutsche Souveränität ab, denn wohin diese Souveränität führe, habe man ja nach dem ersten

Weltkriege sehen können. Was die Welt wieder von einer deutschen Souveränität zu erwarten habe, zeige das Anwachsen der neofaschistischen Gruppen in Deutschland. Die Erklärung brachte ein so ungünstiges Echo bei den Delegationen, daß Fischer nach der Debatte erklärte, Israel

wolle keinen sterilen Revanchegeist gegenüber Deutschland.

Wyschinskis Angebot:

Inspektion sowjetischer Atomwerke

dpa. Paris, 4. Dezember

Sowjetaußenminister Wyschinski sagte vor der Presse am Dienstagabend, seine Regierung sei bereit, einer sofortigen Inspektion der sowjetischen Atomwaffenwerke zuzustimmen, sobald die UNO-Vollversammlung die Achtung aller Atomwaffen beschlossen habe.

Europäische Jugend demonstriert in Straßburg

Europäische konstituierende Bundesversammlung gefordert

dmt. Straßburg, 4. Dezember

Am Dienstag kam es zu Beginn der Nachmittagsitzung der Beratenden Versammlung des Europarates zu einer Demonstration verschiedener europäischer Jugendorganisationen, deren Vertreter von der Publikumstribüne herab eine Proklamation verlasen, in der die sofortige Einberufung einer europäischen konstituierenden Bundesversammlung gefordert wird. Die Entfernung des Jugendlichen, der die Proklamation verlas, durch die Polizei, konnte die Kundgebung nicht verhindern, da immer, wenn der gerade Vorlesende von der Polizei abgeführt wurde, ein anderer Jugendlicher die Lesung fortsetzte. Während der Vorlesung wurde auch eine grüne europäische Fahne von der Tribüne herabgelassen.

In der Nachmittagsitzung wurde der von der OEEC vorgelegte Bericht über die Beziehungen der Wirtschaftsorganisationen zum Euro-

parat diskutiert. Die deutschen Delegierten Dr. Pünder und Semmler (CDU) hielten die Zusammenarbeit zwischen OEEC und Europarat für notwendig, betonten aber, daß von der Bundesrepublik eine Erhöhung der Produktion um 25 Prozent nur verlangt werden könne, wenn eine gleichlautende Steigerung der Kohlenproduktion verwirklicht werde.

Deutsche Jugend bietet Hilfe an

dmt. Bonn, 5. Dezember

In Straßburg verhandelte der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Mende mit italienischen Delegierten über einen Hilfseinsatz von 3000 deutschen Jugendlichen in Oberitalien. Die Italiener waren sichtlich erfreut. Nach der deutschen Jugend haben auch Jugendliche aus Frankreich, Belgien, Griechenland und Skandinavien ihre Hilfe angeboten.

SPD fordert Entlassung Seehoßs

„Unglückliche Äußerungen“ des Ministers — Seehoß verteidigt sich

wl. Bonn, 4. Dezember

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat am Dienstag die sofortige Entlassung von Bundesverkehrsminister Dr. Seehoß verlangt. Sie beschuldigt Seehoß, auf dem Kasseler Parteitag der DP erklärt zu haben, er neige sich vor jedem Symbol, unter dem Deutsche ihr Leben gelassen hätten.

Die SPD meint hierzu, diese Äußerung stelle nicht einen Ausdruck der Ehrfurcht vor den Gefallenen dar, sondern sie sei nichts anderes als eine Verneinung vor dem Hakenkreuz. Die Fraktion wird deshalb eine Interpellation im Bundestag einbringen, in der sie den Bundeskanzler frage, ob er wegen dieser „einzigartigen Schädigung Deutschlands“ durch die Verherrlichung des Hakenkreuzes von sich aus dem Bundespräsidenten die Entlassung Seehoßs vorgeschlagen werde.

Auch die alliierten Hohen Kommissare haben

den Bundeskanzler auf gewisse „unglückliche Äußerungen“ des Bundesverkehrsministers aufmerksam gemacht. Sie sprachen die Hoffnung aus, daß sich in diesen Äußerungen nicht die Ansicht der Bundesregierung widerspiegele. Seehoß soll in seiner Kasseler Rede auch die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 mit der Begründung abgelehnt haben, daß diese im Versailler Vertrag geschaffen worden seien.

Verkehrsminister Seehoß erklärte, daß er nicht zurücktreten werde. Er habe in Kassel gesagt, er werde sein Haupt vor Symbolen neigen, unter denen Deutsche für Deutschland gestorben seien. Damit habe er zum Beispiel die Kaiserkrone, das Eisernes Kreuz, den alten Reichsadler und selbstverständlich auch die Bundesfahne und den Bundesadler gemeint. Der Minister wiederholte seine Erklärung, daß der Versailler Vertrag von keiner deutschen Regierung anerkannt und nur von einer Delegation unter Zwang unterschrieben worden sei. Im Vertrag von Locarno sei die Westgrenze später anerkannt worden und selbstverständlich auch für Deutschland verbindlich. Seine Erklärungen über die Grenzfrage hätten sich auf den Osten bezogen.

Die norwegische Regierung hat mit dem 1. Dezember die Rationierung von Textilien, Kakao und Kochschokolade aufgehoben.

Omnibus fuhr in Marschkolonnen: 23 Kadetten tot

Im Alter zwischen 13 und 17 Jahren — Augenzeuge: Unvorstellbares Blutbad

dmt. London, 5. Dezember

Am Dienstagabend kurz nach 19 Uhr ereignete sich in der englischen Stadt Chatham in der Grafschaft Kent der schwerste Verkehrsunfall, den Großbritannien je erlebt hat. Fünfzig 13- bis 17-jährige Kadetten, die einem Boxkampf beige-wohnt hatten, marschierten auf einer schlecht beleuchteten, auf beiden Seiten von starken Backsteinmauern begrenzten Straße zur Kaserne zurück. In der Nähe des Arsenalgebäudes fuhr ein Omnibus von hinten in die Kolonne. Dabei wurden 17 Kadetten auf der Stelle getötet, 6 weitere starben kurz darauf im Krankenhaus, 18 wurden verletzt. Nur die Spitze der Marschkolonnen kam unverletzt davon.

Ganz Großbritannien steht unter dem Eindruck dieses schweren Verkehrsunfalls. Das Unterhaus wird sich noch am Mittwoch mit den Umständen befassen, die zu dem Unglück geführt haben. Der Fahrer des Omnibusses sollte am Mittwoch eine Medaille erhalten, weil er schon 25 Jahre im Dienst war, ohne einen Unfall zu haben. Augenzeugen berichten von einem unvorstellbaren Blutbad. Der Seaman Tom Lewis, der während des Krieges zweimal einen Schiffsuntergang erlebte, sagte, er habe im Kriege nichts gesehen, was sich mit der Katastrophe von Chatham vergleichen lasse. „Ich hob einen der Jungen auf, und er rief nach seiner Mutter. Dann starb er in

meinen Armen. Drei andere, die schwer verletzt um mich herumlagen, waren binnen einer Minute tot.“

Sippenhaft im Lande des Fortschritts

Fast täglich treffen Meldungen ein, die besagen, daß sich wieder einmal so und so viele Volkspolizisten der Sowjetzone nach dem Westen abgesetzt haben. Diese Menschen treibt nicht die Aussicht auf „besseres Leben“ in die Flucht, denn Verpflegung und Bezahlung gerade der Volkspolizei sind nicht die schlechtesten. Vielmehr ziehen sie die persönliche Freiheit einer Diktatur des Zwanges vor, die sie am eigenen Leibe kennen gelernt haben.

Zu diesen Flüchtlingen stellen sich in immer größer werdender Zahl Soldaten und Offiziere der Roten Armee, die das östliche „Paradies“ mit der westlichen „Hölle“ vertauschen wollen. Von ähnlichen Absetzbewegungen seitens der Soldaten der westalliierten Streitkräfte kann man freilich nicht sprechen. Kein Wunder, daß dies den roten Machthabern in Moskau allmählich auf die Nerven fällt. Wie sie dieses Problem nun lösen, ist allerdings wieder einmal beispielhaft für den sowjetischen Musterstaat.

Auf Befehl des Moskauer Ministeriums für

Staatssicherheit mußten schon vor einiger Zeit zahlreiche Offiziere und Militärangehörige in der Sowjetzone stationierten Truppenteile sofort nach der Sowjetunion zurückkehren. Sie fühlen sich „zu wohl“ in Deutschland und man ersetzte sie daher durch Offiziere und Angestellte, die in Rußland Eltern, Frauen und Kinder zurückließen. Bei den Zurückberufenen war dies nicht der Fall gewesen.

Diese Maßnahme wird nun durch einen Befehl verständlich, der bei allen Truppenteilen bekanntgegeben wurde. Darin heißt es, daß die Angehörigen von „Verrätern“, die die Flucht nach dem Westen antraten, in der Heimat zur Verantwortung gezogen würden. Dies bedeutet mit anderen Worten aber nichts anderes, als moderne Sippenhaftung. Fürwahr kein Ruhmesblatt für die Rote Armee, die, wie sich Beria am Tage der Oktoberrevolution in Moskau ausdrückte, die stolze Armee der Welt sein soll, die allein dem Frieden, dem Fortschritt und der Verteidigung der russischen Heimat diene. (PoB)

Frei bleiben!

Die Diskussion, die an dieser Stelle über die Frage geführt worden ist, ob die Westdeutsche Bundesrepublik dem Atlantikpakt beitreten solle oder nicht (unsere Leitartikel vom 10. und 24. Nov. und die Entgegnung eines englischen Journalisten vom 1. Dez.) hat im Kern folgende beiden, einander gegenüberstehende Ansichten erbracht:

Wir haben den Standpunkt vertreten, daß die Bundesrepublik schon aus Gründen der Selbsterhaltung ihren Beitrag auch zur militärischen Stärkung Westeuropas durch ihren Beitritt zur Europa-Armee leisten, sich im übrigen aber aus einem weitergehenden Koalitionssystem, wie es der Atlantikpakt darstellt, fernhalten solle. Der von unserem englischen Diskussionspartner vorgelegene Standpunkt aber lief darauf hinaus, daß die Bundesrepublik nicht nur keine Scheu zu haben brauche, dem Atlantikpakt beizutreten, weil dieser ausschließlich defensive Ziele verfolge, sondern daß sie darüber hinaus durch einen solchen Anschluß für sich selbst eine größere Sicherheit finden werde.

Diese Argumentation verdient durchaus eine sorgfältige Überlegung. Eines ist jedoch u. E. in der Erwiderung des Engländers nicht genügend beachtet worden: die durchaus offene Möglichkeit nämlich, daß sich der Atlantikpakt zwangsläufig, auch wenn er dies heute noch nicht beabsichtigt, zu einem politischen Bündnisssystem auswächst, welches dann jedem Teilnehmer Verpflichtungen auferlegt, die keineswegs immer seinen eigenen nationalen Interessen zu entsprechen brauchen. Wir sehen deshalb unsere These: Wenn es zu einem dritten Weltkrieg kommt, kämpfen, bis dahin sich aber aus allen möglichen Komplikationen heraushalten! nicht entkräftet. Wir möchten nämlich gern soweit wie irgendmöglich frei, und das heißt in diesem Falle: Herr unserer Entschlüsse bleiben!

Das ist ein verständliches Bedürfnis und sollte nicht zuletzt von einem Engländer verstanden werden. Denn gerade England ist es gewesen, das der Welt noch vor wenigen Tagen ein Beispiel dafür gegeben hat, wie man sich einer als allgemein notwendig angesehenen Verpflichtung entzieht. Wir meinen die Absage, die der britische Innenminister vor einer Woche in Straßburg erteilte, als er erklärte, England könne nicht versprechen, sich an einer europäischen Armee zu beteiligen. Es sei auch nicht bereit, einem europäischen Bundesstaat beizutreten, „weil ein solcher Beitritt für Großbritannien die Abtretung gewisser Regierungsfunktionen an eine überstaatliche Körperschaft bedeuten würde.“ Cum grano salis heißt das nichts anderes als was wir, auf einem anderen Feld, für die Bundesrepublik in Anspruch nehmen möchten, und wenn der britische Innenminister seine Absage hinterher noch damit begründete, daß England Rücksicht auf seine Verpflichtungen gegenüber dem Commonwealth zu nehmen habe, so können wir unsererseits stattdessen die 18 Millionen Deutsche in der Sowjetzone anführen, die wir niemals aus den Augen verlieren dürfen, und deren Lage wir durch eine allzu enge Bindung an den Westen sehr wahrscheinlich erschweren würden.

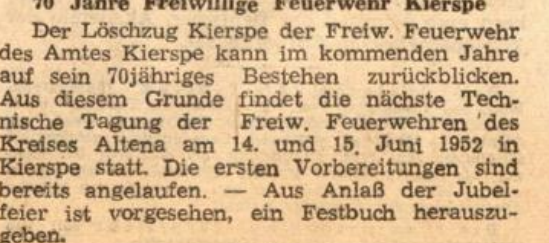
Unser englischer Diskussionsredner meinte dann noch, unsere Ansicht gleiche dem Standpunkt eines Mannes, „der lieber in einer Trümmerwohnung bleiben würde als in ein neues Haus umzusiedeln, weil er fürchtet, falls das neue Haus in Flammen aufgeht, Anspruch auf seine alten Trümmer zu verlieren.“ Hier können wir nur fragen: wo ist denn dies „neue Haus“? Und wir können das erst recht fragen, wenn wir (s. o.) feststellen müssen, daß England sich selbst an dem Neubau eines europäischen Hauses nicht tatkräftig beteiligen will. Da wollen wir lieber unsere Trümmerwohnung aus eigener Kraft und nach eigenen Plänen wieder aufbauen, — niemandem zuleide, durchaus im Wunsch nach einem lebhaften freien Austausch mit allen freien Völkern, durchaus willens, im Ernstfall uns Schulter an Schulter mit dem Westen unserer Haut zu wehren, — aber bis dahin nicht durch die Uebernahme von Verpflichtungen heute noch unübersichtlicher Art in unserer Entscheidungsfreiheit beschneiden.

Dr. Wilhelm Ehmer

Kommunistische Störaktion

dmt. Hamburg, 5. Dezember

Am Dienstagabend kam es in Hamburg zu der bisher größten kommunistischen Störaktion, die von einem starken Polizeiaufgebot beendet wurde, das 15 kommunistische Störenfriede festnahm. In einer Kundgebung, die von der CDU, FDP und DP gemeinsam veranstaltet wurde und von etwa 12.000 Personen besucht war, sprach Bundesinnenminister Dr. Lehr über die innere Sicherheit in der Bundesrepublik. Gleich zu Beginn der Kundgebung ertönten Zurufe wie „Wir wollen keinen Minister der Gewalt“, „Lassen Sie sich aufhängen“, und „Raus“. Dr. Lehr hielt seine Rede weiter, nachdem die Polizei und der als Saalschutz eingesetzte „Bund Junger Deutscher“ für den Abzug der Kommunisten gesorgt hatte.



Er verschenkte sein Hotel

Wiesbaden. Das Kurhotel in Bad Nauheim, das über vierzig Jahre lang von einem Hotelier geführt wurde, ist jetzt dem Land Hessen geschenkt worden. Der Hotelier, der im 79. Lebensjahr steht, hat sich für diese großzügige Geste lediglich ausbedungen, daß er für den Rest seines Lebens einen Unterhalt in Form einer Leibrente gewährt bekommt.

Das Parkhotel ist mit 160 Zimmern und 250 Betten das größte Kurhotel von Bad Nauheim.

Kaffee im Auspuff

Immer neue Schmugglerticks

Trier. Daß die Möglichkeiten von Schmugglerticks unerschöpflich sind, mußten deutsche Zollbeamte an der luxemburgischen Grenze feststellen, als sie unter den Kotflügeln eines Studebakers in Spezialbehältern zweieinhalb Zentner Kaffee fanden. Während der Durchsuchung versuchte der Besitzer des Wagens, durch die Mosel luxemburgisches Gebiet zu erreichen, mußte aber wieder umkehren, als ihm das Wasser bis zum Hals stand.

Ein anderer Schmuggler hatte einen zweiten, nicht angeschlossenen Auspuff an seinem Wagen als Kaffeebehälter benutzt. In einem Ford fanden Zollbeamte sogar 5 Zentner Kaffee in den Zwischenwänden der Türen.

Erotische Filme bevorzugt

Gelsenkirchen. Eine Umfrage des Forschungsinstituts für Psychologie in Mädchenschulen ergab, daß Schülerinnen die Filme mit Jugendverbot umso anreizender finden. Erotische Filme sprechen Mädchen stärker an als Jungen. „Man kann dabei sehen, wie man sich den Jungen in den Arm legen muß, und lernt, wie man sich in feineren Kreisen benehmen muß“, gaben die Mädchen offenherzig zu.

Zweckentfremdung der Jugendherbergen

Burg Ludwigstein (Werra). Gegen die zunehmende Zweckentfremdung der Jugendherbergen im Bundesgebiet sprachen sich in einer Arbeitstagung auf Burg Ludwigstein (Werra) die Vertreter der im „Ring der Fahrtenbünde“ zusammengeschlossenen unabhängigen bündischen Jugend aus. Der „Ring der Fahrtenbünde“ trat ferner dafür ein, daß die Schulferien mit Ausnahme der Sommerferien im gesamten Bundesgebiet vereinheitlicht werden. Nur so könne den Jugendbünden Gelegenheit gegeben werden, Treffen auf Bundesebene zu veranstalten.

Die konservative Linie der Frühjahrsmode

Stuttgart. Die Verkaufswoche der Damenbekleidungsindustrie in Stuttgart hat gezeigt, daß die kommende Frühjahrs- und Sommermode sehr konservativ sein wird. Die einfache elegante Form mit dem angeschnittenen Kimonoärmel wird das Bild der Damenmode wieder beherrschen. Leuchtende Pastellfarben werden dominieren. Die Falten sind seltener geworden, und die Zeiten des Plisse sind vorüber. Eine besondere Neuheit für Sommerstoffe ist ein eingewebtes Spitzenmuster in unifarbene Ormandistoffen.

Frauenleiche gefunden

Bielefeld. In einem Waldstück in Senne II bei Bielefeld wurde die durch Verwesung und Tierfraß unkenntlich gewordene Leiche einer unbekannten Frau gefunden. Der Fall hat im Regierungsbezirk Detmold Aufsehen hervorgerufen, da erst vor einigen Wochen an der Autobahn bei Herford ein junges Mädchen in ähnlicher Lage ermordet aufgefunden wurde.

„Zug des guten Willens“

... fährt nach Schleswig-Holstein

Kiel. Ein „Zug des guten Willens“ soll wenige Tage vor Weihnachten von Nordrhein-Westfalen nach Schleswig-Holstein abfahren. Er besteht aus Lastkraftwagen und Möbelwagen, hochbeladen mit Weihnachtspäckchen, die von der nordrhein-westfälischen Jugend, besonders vom Jugend-Rotkreuz, für Schleswig-Holsteins notleidende Kinder gesammelt wurden.

33 Franken enthielt die Brieftasche, die einem Mann in der Straßenbahn in Bern von einem gewandten Taschendieb gestohlen worden war. 70 Franken waren in der gleichen Tasche, die dem Bestohlenen wenige Tage später durch die Post zugestellt wurde. Bei dem Geld lag ein Zettel: „Ich habe mit Ihrem Geld im Fußballtoto gewonnen. Anbei ein Teil des Gewinns.“

Mehr sparen — mehr Wohnungen

Bonn. Der mit der Beruhigung der Wirtschaftslage zu beobachtende Spareinlagen-Zuwachs hat auch das Hypothekengeschäft belebt. So wurden aus dem Spareinlagen-Zuwachs von im ganzen 229,2 Millionen DM in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September 1951 allein 64,6 Prozent an neuen Hypotheken ausgegeben.

Im ganzen wurden in diesen sechs Monaten in Höhe von 147,5 Millionen DM neue Hypotheken aus Spareinlagen gewährt, wovon 126,7 Millionen DM der Förderung des Wohnungsbauprogramms der Bundesregierung dienten. Der Gesamtbetrag an neuen Hypotheken, der von den Sparkassen des Bundesgebietes in diesem Zeitabschnitt ausgeliehen wurde, stellte sich auf 211,2 Millionen DM, darunter 80,1 Millionen DM Hypothekenzusagen vom Vorjahre.

Diese Leistung ist umso bemerkenswerter, als die Sparkassen aus den beiden Vorfinanzierungsaktionen für das Wohnungsbauprogramm am 30. September 1951 noch 175,3 Millionen DM Ausgleichsforderungen zurückzu-kaufen hatten. Weiterhin bestanden daneben noch 68,6 Millionen DM offene Hypothekenzusagen aus dem Vorjahre. Um die Wohnungsbaufinanzierung planmäßig fortsetzen zu können, hat die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V.“ in Bonn bei der Bank deutscher Länder den Antrag gestellt, in Einzelfällen Erleichterungen für den Rücklauf von Ausgleichsforderungen zu gewähren.

Wir haben für

Elektro-Herde, Heißwasserspeicher und Elektrogeräte

einen neuen

Ausstellungsraum

in der Schützenstraße (neben unserer Werkstatt) eingerichtet.

Ein Besuch lohnt sich.

Elektrohaus Gebr. Turck
Halver

Achtung!

In diesem Jahre findet der

letzte Wolltausch

statt. Da wirklich genügend fertige Wolle vorhanden sind wir in der Zeit von 10—16 Uhr am Freitag, dem 7. Dezember 1951 im Gasthof zur „eye, Halver anwesend. Um eine reibungslose Abwicklung zu gewährleisten, bitten wir unsere Kundschaft auch die Nachmittagsstunden in Anspruch zu nehmen.

Ernst Huxelmann, Langenberg (Rhld.)

Schafha'ter!

Bekannt Euch zur Heimatzeitung!

IWEISS
UNIVERSAL

Räucherschranke
vorrätig.

Joh. Chr. Herdepe Söhne
Halver
Telefon 160

5 Monate alte

Dobermannhündin

mit Stammbaum, unter günstigen Bedingungen abzugeben. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers.

SPÜLT TELLER

Pistole

Scheintod-Browning Näh. gg. Rückporto

UNIT-Erzeugnisse Kiel-Wik 98/3

Auch Du lernst zeichnen! Illust. Freiprospekt 513 anfordern. Paul Linke, Zeichenstudio Karlsruhe!



Wir empfehlen

Festgeschenke

in reicher Auswahl

TEXTILHAUS

Klinker

HALVER

Das gute
BUCH

finden Sie in der Buchhandlung
Wilh. Bell jr. Halver

TÄSSEN TÖPFE



Schallplatten

erhalten Sie im
Elektrohaus
Gebr. Turck
Halver

Rasier Dich
ohne Qual
mit

Punktal
SOLINGEN

Punktal

Zollstöcke

Lohnsteuer-Tabellen
Spielkarten

BUCHHANDLUNG

Wilh. Bell jr., Halver

KULTUR

Am Freitag, d. 7. Dez. 1951

spricht der Vortragsmeister

Dr. Friedr. Castelle

knstes und Helteres aus

dem Lebenswerk des

deutschen Volksdichters

Hermann Löns

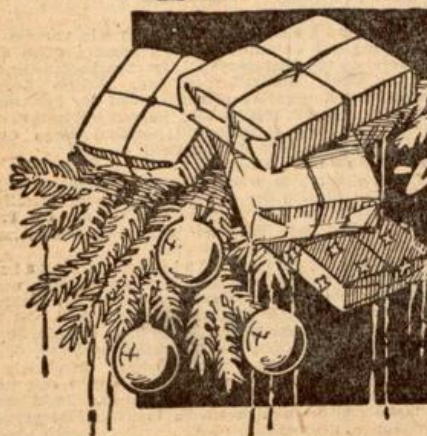
HALVER

Die Veranstaltung beginnt pünktlich um 20 Uhr im Aufenthaltsraum der Fa. Heintz & Sohn. Die gesamte Bevölkerung ist herzlich eingeladen. Eintritt: Mitglieder 1.-DM, Nichtmitglieder 1.50 DM, Schüler 0.50 DM

Sie sparen viel Geld!

Kaufen Sie eine „Atlantik“ Marken-Waschmaschine ab Fabrik ohne Zwischenhändler. Gratisprospekt - Teilzahlung. ERICH GRAUMANN Rummelsheim 31 W

Weihnachts-Geschenke:



Unsere Preiswürdigkeit erfreut den Käufer
unsere guten Qualitäten erfreuen den Beschenkten

ALTHOFF

DORTMUND

Unser Haus ist am Sonntag, dem 9., 16. und 23. Dezember, von 14-18 Uhr geöffnet